

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Band: 94 (1976)
Heft: 5

Artikel: Bauaufgaben der Zukunft
Autor: Marti, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-73047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Baufaufgaben der Zukunft

Von Hans Marti, Zürich ¹⁾

DK 338

Einleitung

Die Rückbildung der Wirtschaft, insbesondere die unserer Sparte, nimmt beängstigende Formen an. Zu Preisen von 1974 berechnet, wurden in den letzten fünf Jahren der Hochblüte jährlich im Durchschnitt über 26 Mia Fr. verbaut. 1975 werden es voraussichtlich zu den gleichen Preisansätzen weniger als 19 Mia Fr. sein, was alarmierend ist, weil fast ein Drittel unserer Kapazität brach liegt oder, anders ausgedrückt, jeder dritte Arbeitsplatz der Baubranche überflüssig wird. Der Anteil unseres Gewerbes am Bruttosozialprodukt sank von 20,5% auf etwa 13%. Die Angaben stammen vom Sachbearbeiter des Delegierten des Bundesrates für Konjunkturfragen.

Diese Zahlen und Verhältnisse mögen manchen erschüttern, der die dreissig Jahre einer phantastischen Hochkonjunktur als grösste Selbstverständlichkeit hinzunehmen gewohnt war. Die Vertreter der älteren Generation aber, die in ihrer Jugend die eigentliche Krise der dreissiger Jahre ausgekostet haben, sind weniger berührt, denn wirkliche Not leidet bei uns noch niemand. Die endlos scheinenden Doppelkolonnen Arbeitslosenunterstützung Empfangender, die in unserer Studienzeit zu den Stadtbildern gehörten, existieren heute glücklicherweise nicht. Wir werden und können uns anstrengen, damit sie nicht erscheinen. Ausserdem: solange 1 700 000 Autos noch zirkulieren, ist's nicht schlimm, denn richtig kalkuliert, verursacht ein jedes jährlich etwa 5000 Fr. Betriebskosten – total 8½ Mia – von denen viel samstags und sonntags für Vergnügen ausgegeben wird. Wir können unsere Ausgangslage noch optimistisch beurteilen, zumal höhere Stellen der Wirtschaft und der Regierung aufmunternde Argumente setzen. Trotzdem sind wir jetzt gezwungen, manches zu überdenken, das uns so selbstverständlich schien. Wir haben Zeit dafür, die uns lange gefehlt hat. Der Präsident der SIA, A. Cogliatti sagte hier vor Jahresfrist: «Für uns alle sind Schwierigkeiten in Sicht, die mit vollem Einsatz ohne bedrohliche Erschütterungen verkraftet werden können.» Wie recht oder unrecht er gehabt hat, muss nicht untersucht werden. Wir erleben die «Gesundshrimpung» am eigenen Leibe und hoffen auf eine Wende.

So notwendig die Besinnungspause an sich ist, so sehr sind wir besorgt: Der Schrumpfungprozess muss unter Kontrolle stehen, damit er nicht zur Verdorrung führt. Unser Wirtschaftszweig ist Bestandteil eines Ganzen; wir leisten Dienste und sind verpflichtet dafür einzustehen, dass der Hochbau, der Tiefbau und die mir besonders nahe liegende Planung trotz der Rezession erhalten bleiben, damit sie –

¹⁾ Vortrag gehalten an der Tagung «Bauwirtschaft heute und morgen», veranstaltet von der SIA-Fachgruppe für industrielles Bauen im Hoch- und Tiefbau in Engelberg am 29. und 30. Januar 1976, leicht gekürzte Fassung.

bei wieder einsetzender Aufwärtsbewegung – noch vorhanden und leistungsfähig sind. Die Gefahr des Zusammenbruchs muss gebannt werden, das sagte – ebenfalls hier – Ständerat Jauslin: «Wir müssen dafür kämpfen, dass trotz der Politik der leeren Kassen ein gewisses *Investitionsprogramm* aufrecht erhalten wird und dass die Mittel dazu beschafft werden können.» Wo sie zu finden wären, sagte er freilich nicht. Ein Jahr ist vergangen und das Investitionsprogramm haben wir noch nicht!

Meine Aufgabe ist es, ein solches Führungsinstrument zu zeigen. Die bereits geäusserte Forderung nach einem koordinierten, langfristigen Investitionsprogramm von Bund, Kantonen und Gemeinden möchte ich ergänzen und anregen, auch die private Wirtschaft einzubeziehen, nicht weil ich Zweifel am Willen der Behörden und Parlamente hege, sondern weil ich glaube, dass auch das Volk auf sparsame Verwendung der öffentlichen Mittel drängt. Banken, Versicherungsgesellschaften, Spar- und Pensionskassen, die noch nicht Not leiden, müssen mit von der Partie sein.

Mein Thema lautet: «*Was sollen wir heute und morgen bauen?*» oder «*Was ist vorzukehren, damit aus Stillstand nicht Rückschritt wird?*»

Ein kurzer historischer Rückblick möge zeigen, dass das, was wir jetzt erleben, gar nicht so absonderlich ist. In der Schweizergeschichte – übrigens auch in der anderer Staaten – zeigt sich als roter Faden die *Teuerung*. Missernten, Hungersnöte und Elend begleiten die Völker auch heute noch. Als Folgeerscheinung der napoleonischen Kontinentalsperre lastete 1811 ökonomisches Elend auf dem ganzen Lande. Der Tiefpunkt war 1817 erreicht; damals waren Tausende von Toten und Hunderttausende von Hungernden zu beklagen. Starke Auswanderung und ins Gewicht fallende Bevölkerungsabnahme waren die Folge. Bis in die vierziger Jahre dauerte die Krise. Gagliardi schreibt: «Der Schaden, den die Gesamtökonomie erlitt, liess sich gar nicht mehr berechnen. Die Notlage drängte auf Umbau der Verfassung.»

Nach der grossen Investitionsphase der Gründerjahre, die unserer vergangenen Hochkonjunktur ähnlich gewesen sein muss, kam ein gewaltiger Kladderadatsch über ganz Europa. Erst gegen die Jahrhundertwende hatte sich die kranke Welt erholt. Der Erste Weltkrieg ging auch an unserer Wirtschaft nicht spurlos vorbei. Die Nachkriegszeit mit der gewaltigen Inflation in Deutschland und den sozialen Spannungen auch bei uns fallen bereits in unsere Jugend. Wir merkten, wie es zwischen 1923 und 1929 – the roaring twenties – aufwärts ging. Am unheilvollen Oktobertag 1929 begann die Weltwirtschaft erneut zu taumeln, bis sie Anfang der dreissiger Jahre völlig in sich zusammenbrach.

Die 1937 vom Bundesrat verfügte Abwertung des Schweizerfrankens brachte einen kurzen und heftigen Auf-

schwung, der im September 1939 erneut blockiert wurde. Von den Jahren des Zweiten Weltkrieges und von der Nachkriegszeit sprechen wir nicht, sie sind auch der jüngeren Generation geläufig. Die vorausgesagte Krise trat nicht ein, dafür ernteten wir die uns vertraute Hochkonjunktur und ihren Wendepunkt.

Auf und ab gehören zum Menschsein. Zwischen 1946 und 1972 schien es aber, wie wenn die Gewaltigen dieser Erde das Heft fest in Händen hielten. Leitende Politiker und Nationalökonom prognostizierten stets wachsende Umsätze, wachsendes Bruttosozialprodukt, höhere Einkünfte und Löhne. Sie nahmen die Geldentwertung in Kauf. Wir alle! Die Ölkrise, die uns gerüttelt hat, ist allen gegenwärtig. Ihre Folgen müssen wir jetzt zum Segen des Landes meistern.

Warum dieser geraffte Rückblick? Einige der ganz grossen Leistungen unserer Gesellschaft, besonders der Technikerschaft, sind in Krisenzeiten ausgedacht und durchgeführt worden. Denken wir etwa an die Elektrifizierung der Bundesbahnen nach dem Ersten Weltkrieg. Denken wir auch an die mustergültige «Neue Welt» bei Basel und an die vielen aus Bernoullis Hand stammenden Arbeiter- und Angestellten-siedlungen, die auch in Holland und Deutschland zu ähnlichen, heute noch richtunggebenden Lösungen Berlages oder Salvisbergs führten. Denken wir aber vor allem an unser zürcherisches Neubühl, das – mitten in der grössten Krise verwirklicht – weltweite Wirkung erzielte. Vier seiner Schöpfer leben noch. Mit Dr. Rudolf Steiger habe ich mich kürzlich unterhalten. Er sagte mir, man habe sich damals auf einen aufgeschlossenen Mittelstand und verantwortungsbewusste Gewerkschaften stützen können. Er erinnerte mich zugleich an folgende Geschichte: «Zwei Frösche sind in der Milch. Einer klagt, tut nichts und ertrinkt schliesslich jämmerlich, der andere strampelt ohne Unterbruch, erzeugt mit der Zeit Butter, die sich zur rettenden Insel fügt.» *Lasst uns strampeln!*

Uns Architekturstudenten der Krisenjahre war Neubühl ein Lichtstrahl am finstern Horizont, auch die Leistungen der zürcherischen Wohnbaugenossenschaften (Erismannhof, Bullingerhof, Sihlfeld und viele andere). Sie hielten uns bei der Stange. Dies wollte ich mit meinem kurzen Exkurs in die Vergangenheit erreichen:

Die Rezession zwingt uns zu besonderen Anstrengungen. Packen wir sie richtig an, so werden auch unsere Nachfahren davon profitieren. In einem Staate, der stolz auf Vergangenheit und Tradition ist, bleibt Tatendrang zuversichtliche Hauptsache auch in der Krise. Die Frage, die uns vorgelegt ist, lautet nicht: «Wieviel können wir heute und morgen verdienen?», sondern: «Was müssen wir tun, um dauernde Werte zu schaffen?», oder einfacher: «Wie dienen wir dem Staate heute?»

Analyse der heutigen Lage

Die heutige Lage zeichnet sich nicht durch allgemeinen Stillstand aus. Viele Wirtschaftszweige können sich noch nicht beklagen. Beim Baugewerbe aber ist der Angriff ins Stocken geraten. Im Militärdienst weiss jeder einzelne Mann, was in solcher Situation zu tun ist. Ohne Befehle von oben abzuwarten, gräbt er sich ein, baut Stellungen, baut sie aus, stellt verloren gegangene Verbindungen wieder her, retabliert. Kurz, der einfache Soldat, das untere und mittlere Kader treten sofort in Aktion. Man legt sich nicht in den Schatten des nächsten Apfelbaumes, um dort auf den bösen Feind zu warten. Auch die Stäbe finden keine Zeit für den gemütlichen Kaffeejass... Bei uns aber herrscht Ratlosigkeit. Man sagt, Ende 1975 seien über 90000 Wohnungen leer gestanden. In einer meiner Planungsgemeinden mit 17000 Einwohnern sind es deren 300 schon seit drei Jahren. Im Umkreis Zürichs seien es über 2500. Sie stehen am falschen Ort und sind zu

teuer. Wohnungen werden frei, weil der Fremdarbeiterbestand zurückgeht. Als Beispiel nenne ich Solothurn mit seinen 53 Regionsgemeinden. Auf 80000 Einwohner sind dort 12500 Ausländer registriert gewesen, rund ein Sechstel der Bevölkerung. Kurzarbeit und Betriebsschliessungen wirken sich aus, ebenso die Abnahme des Geburtenüberschusses seit der Pille. Der Liegenschaftshandel erlahmt, Leerwohnungen häufen sich. Man benützt wieder das Fahrrad. In Uster ist Land, das vor zwei Jahren unerschwinglich war, heute zu zwei Dritteln des damaligen Wertes feil. Angesichts dieser Situation frage ich mich, ob es richtig ist, mit einer Prognose von 50000 neuen Wohnungen im Jahr zu rechnen, wie dies hier an der ersten Tagung vorgetragen worden ist.

Wären es wirklich 50000 oder mehr Wohnungen, so müssten diese besser gelegen und preisgünstiger sein als die heute leerstehenden! Das aber rüttelt am Bodenrecht und an den Grundfesten des freiheitlich organisierten Staates. Ich zweifle, dass es uns gelingt, besser gelegene und preisgünstigere Wohnungen auf den Markt zu bringen, obwohl im gegenwärtigen Kampf aller gegen alle bedeutende Preiseinbrüche zu verzeichnen sind.

Das «CK 73» oder die Leitvorstellung der Schweiz, wie sie von den Chefbeamten des Bundes im Jahre 1973 entwickelt und zur Diskussion gestellt worden ist, rechnet noch mit einer schweizerischen Wohnbevölkerung von 7050000 Menschen im Jahre 2000, denen rund 3000000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen müssten. In 25 Jahren müssten wir zwei Städte so gross wie Zürich oder acht wie St. Gallen mit der dazu gehörenden Infrastruktur bauen! Wir müssten sie nicht dort verwirklichen, wo die Menschen hin wollen, in den grossen Agglomerationen, sondern dort, wo sie weg wollen, nämlich in den unterentwickelten Regionen, und das bei föderalistischer Struktur, freier Wirtschaft, Freizügigkeit und anderen liberalen Grundsätzen. Ich befürchte, die Grundannahmen des CK 73 fussten noch auf überholten Vorstellungen. Oder gelingt es uns mit vereinten Anstrengungen, 50000 Wohnungen jährlich dort zu bauen, sie zu verkaufen oder zu vermieten, wo Abgänge zu verzeichnen sind? Lügen die Wohnungen in den Zentren der Agglomerationen und wären sie günstiger im Preise, kein Zweifel, sie stünden keinen Tag länger leer; dafür aber würden andere im weiteren Umkreis der Städte frei. Wer wagt das Spiel?

Im Tiefbau – man nehme es mir als Planer und Architekt nicht übel, wenn ich weniger bewandert bin – liegen die Dinge ähnlich. Zwar kann der Nationalstrassenbau nach der Abstimmung vom 8. Juni 1975 im gleichen Masse gefördert werden wie bisher, doch stehen für den Ausbau eines dringend erforderlichen Ergänzungsnetzes mit Hochleistungsstrassen keine Mittel zur Verfügung. Als Mitglied einer besonderen Studiengruppe des Bundes, die sich 1970 bis 1974 mit den Berg- und Talstrassen, den aufgewerteten Landstrassen und den städtischen Expressstrassen intensiv befasst und dem Amt für Strassen- und Flussbau einen gut begründeten Vorschlag abgeliefert hat, habe ich den Eindruck gewonnen, dass das erforderliche Geld nur über neue Benzinrappen aufzutreiben wäre, doch zweifle ich an der Bereitschaft der Automobilisten, weitere 3 bis 5 Rappen je Liter in Kauf zu nehmen. Hinzu kommt die allgemeine Abneigung gegen den Strassenbau. Das Projekt ruht in den Schubladen der Verwaltung. Technisch aber müsste es vorangetrieben werden, damit die Kantone zu einem ausgereiften Programm kämen.

Erstaunt, ja entsetzt, war ich als Berater vieler Regionen und Gemeinden, dass sogar die so dringend erforderlichen Mittel für Kanalisationen und Kläranlagen der Sparschere zum Opfer fallen sollten. Zum Glück sind wir aber einsichtig, denn Wasser, das wir verbrauchen, muss gereinigt werden. Wie beschämend ist es beispielsweise, wenn Basel mit einer Welt-

industrie noch keine Kläranlage hat, wenn im Tessin und am Genfersee Badeverbote in öffentlichen Gewässern verhängt werden müssen. Hier ist noch viel Nützliches zu leisten.

Unsere Bahnen und mit ihnen die öffentlichen Nahverkehrsmittel kranken. Bundesrat Ritschard gebührt unser aller Dank, wenn er die Dinge beim richtigen Namen nennt und bestrebt ist, trotz der SBB-Defizite grosszügige Sanierungen in die Wege zu leiten. Die Ausfälle trägt die öffentliche Hand, auch wenn immer noch von einer Eigenwirtschaftlichkeit der Unternehmungen auf dem Papier die Rede ist. Dieser Zopf muss abgeschnitten werden. Es ist sehr zu hoffen, dass das Gesamtverkehrskonzept der Kommission Hürlimann II hier Klarheit verschafft, denn mit der Erneuerung der Verkehrsanlagen und ihres Betriebes würde viel nützliche Arbeit für den Tiefbau frei.

Und schliesslich die Planung. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet diese Tätigkeit, die uns am wenigsten kostet und den grössten Nutzen abwirft, mit Hammerschlägen bedacht werden sollte! Ich rede aus eigener Erfahrung und im Namen meiner Kollegen, die in jahrelanger Kleinarbeit einen Mitarbeiterstab geformt haben, den sie entlassen mussten, weil Gemeinden, Regionen und Kantone kein Geld mehr hätten; der Bund sei der ärmste der Armen. Wir erhielten gegen Ende des Jahres 1974 Briefe, die planerische Tätigkeit sei sofort einzustellen, in einem halben Jahr werde man wieder unterrichtet, ob man weiterfahren dürfe... Die Streichung der Mittel für die Planung ist Vogelstrauspolitik, denn die Aufgaben bleiben, sie türmen sich. Gemeinderäte, die vor ihren Stimmbürgern zittern, kann man noch verstehen, sie müssen wiedergewählt werden, sie sind Korporale an der Front, von Kantons-, Regierungs- und noch höheren Räten versteht man es nicht.

Und was halten wir von uns, wenn wir uns jetzt hilfesuchend nach Bern wenden, dem gleichen Bern, dem wir in zwei denkwürdigen Abstimmungen der vergangenen Jahre die Mittel und das Recht verweigerten, die Konjunktur mass- und richtunggebend zu beeinflussen?

Die Analyse des Zustandes ist unerfreulich. Die eidgenössischen Räte haben in ihrer letzten Session 600 Mio Fr. bewilligt. 600 Mio, die weitere 400 Mio auslösen werden. Ein Zwanzigstel des jährlichen Bauvolumens als ausserordentliche Stützungsaktion ist als Beitrag zu anerkennen, doch sind wir uns bewusst, dass er nur im kommenden Jahr ausgeschüttet wird. Von einem langfristigen Investitionsprogramm, wie es meinen Vorrednern der letzten Tagung der FIB vorgeschwebt sein mag, kann ernstlich nicht die Rede sein. Die jetzt bewilligten Mittel reichen für eine Verschnaufpause, in der wir hoffentlich handeln.

Aufgaben im Stillstand

«Bei gewählter Extrapolation» – so sagte A. Gogliatti hier – «kann beinahe jeder Euphorismus, aber auch jeder Zweckpessimismus samt Weltuntergang begründet werden.» Zweckpessimismus mit Weltuntergang wollen wir bestimmt nicht erzeugen, aber auch keine neuen Euphorien erwirken. Es geht uns darum, nüchtern einen gangbaren Weg zu zeigen, einen realen schweizerischen möchte ich sagen, der vielleicht steil und steinig ist, der aber auch mit Lasten begangen werden kann. Wie unsere Väter werden auch wir die Hänge nicht scheuen. Wir werden auf lieb gewordene Gewohnheiten verzichten und zupacken, wo es möglich ist. Das ist die Zuversicht, die uns stärkt, der Glaube auch an den geordneten, freiheitlich gebauten und föderalistischen Staat. Was uns unnötig belastet, werden wir abstreifen müssen.

26 Mia und mehr haben wir verbaut, vielleicht werden es in Zukunft einige weniger sein. Wir müssen uns nicht plagen, wenn Konjunkturblüten eingehen, wenn Unternehmen, die den

Boden und die Gesetze missbrauchten, verschwinden. Sogar vor Konkursen müssen wir uns nicht scheuen, sowenig wie vor dem Zusammenbruch von Gesellschaften, die unser Gewerbe und unseren Berufsstand in Misskredit gebracht haben. Übersetzte Preise für Bauland und Bauten dürfen ruhig verschwinden. Bauland, das keines war, soll wieder das sein dürfen, was es ist: landwirtschaftlich genutzter Boden; er muss wieder für den Bauern als Grundlage seines Wirkens erschwinglich werden. Hiermit greife ich ein heisses Eisen an, denn nicht nur üble Spekulanten, sondern auch brave Bank- und Versicherungsleute und Pensionskassen, die unsere Spargelder verwalten, machten den Tanz ums goldene Kalb mit. Es geht nach meiner Meinung nun darum, haltbare Positionen zu halten, die nicht haltbaren aber preiszugeben. Manchem wird es schwerfallen, einsichtig zu werden, doch sind Wohnungsmieten, die mehr als einen Drittel des Monatseinkommens verschlingen, auf die Dauer in einem Staate, der vom Export lebt, nicht zu tragen, denn die hohen Mieten zahlt schliesslich die Volkswirtschaft als Ganzes. Wir werden uns auch damit abfinden müssen, dass ein Teil unserer Branche eingeht und dass weniger qualifizierte Arbeit auch wieder von uns geleistet werden muss. Es ist doch nicht jeder Arbeiter ein guter Vorarbeiter, nicht jeder Bauzeichner ein vollwertiger Architekt. Und muss nun wirklich jeder im Auto zur Arbeit kommen? Und wie steht es mit den Zweitwohnungen, die zum Teil bis zu 90% finanziert worden waren? Ein Schrumpfungprozess hier tut uns nur gut. Auch das sei gesagt: Je schneller wir uns zur soliden Schweizerart bekennen, um so mehr Zeit haben wir, die längst fällige Ordnung der Dinge wieder herzustellen.

Überlegen wir uns jetzt die Probleme der Zukunft vom Grundsätzlichen her. Bisher waren wir wegen der überbordenden Entwicklung stets gezwungen, in Eile zu produzieren: mehr Wohnungen, Schulen, Spitäler, Fabriken! Die Quantität galt während Jahren als Ziel. Bei stagnierender oder gar rückläufiger Bevölkerungsentwicklung muss die Zielsetzung geändert werden. Statt der Quantität gilt nun die Qualität! Versäumtes ist nachzuholen, begangene Fehler sind auszumerken und neue zu vermeiden. Was allgemein formuliert schön und überzeugend tönt, erweist sich als äusserst komplex, wenn man den Einzelheiten nachgeht. Unsere modernen Wohnquartiere sind – darüber herrscht kein Zweifel – gemessen an den alten, eintönig und langweilig. Ihre Struktur muss verbessert werden, indem Läden, Arbeitsplätze, Erholungs- und Begegnungsstätten einzufügen sind. Vorab fehlen die Quartierzentren – ein weltweites Problem! Unsere Stadtteile leiden an Immissionen des schweren und durchgehenden Verkehrs, die Gewässer sind nicht mehr sauber, der Lärm plagt die Menschen, die natürlichen Erholungsgebiete sind in Gefahr. All das segelt unter dem Oberbegriff des Umweltschutzes, dem wir unsere Sorgfalt angedeihen lassen müssen. Auch ohne Bevölkerungs-, bzw. Produktionszunahme sind genug Aufgaben vorhanden, wenn man sich das Prinzip der Qualitätsverbesserung zu eigen macht. Das setzt einen Wandel in unserem Denken und Handeln voraus. Ich bin davon überzeugt, dass wir schon mitten in diesem Wandel stecken. Der sich überall abzeichnende Hang zum Alten, zum Bewährten, zur Harmonie, der oft als lächerliche Nostalgie bezeichnet wird, erfasst jung und alt. Er äussert sich nicht nur in langen Haaren und Bärten, sondern im Bestreben, alte Bauten, Bäume, Dorf- und Stadtbilder, ja ganze Landschaften tatkräftig zu schützen, damit nicht noch mehr Kulturgut sinnlos verschleudert wird. Mit den bisher geltenden Verfahren kommen wir diesem Ziel jedoch nicht näher. Wir brauchen auch mehr Zeit, alles richtig zu überdenken. *Die Landesplanung des ausgehenden 20. Jahrhunderts wird sich durch die Besinnung auf das Wesentliche des Kleinstaates auszeichnen müssen, nämlich auf Ordnung.* Sie soll von einer aufbauenden Investi-

tionspolitik getragen sein, die mit Ausgaben dauernde Werte schafft.

Unsere bisherigen Auftraggeber, die auch unsere künftigen sind – ich meine die Gemeinden, Regionen, Kantone, den Bund und diejenigen der privaten Wirtschaft –, werden Mühe haben, wie wir, den Standpunkt zu wechseln und das Gesichtsfeld zu ändern. Die Vollbeschäftigung herzustellen, war kein Problem. Heute ist der Sachverhalt umgekehrt. Man muss die Beschäftigung suchen und die Mittel finden, um Aufträge erteilen zu können. Dabei wollen wir auch im eigenen Interesse behilflich sein. Der Zeitpunkt ist da, die Reserven einzusetzen. Ich meine nicht nur in Franken und Rappen, sondern auch unsere geistigen, die – dessen bin ich sicher – in hohem Masse noch vorhanden sind. Phantasie, Zukunftsglaube und unser Denkvermögen werden uns helfen, den Tiefpunkt mit Zuversicht zu überwinden.

Gemeinden, Regionen, Kantone und Bund sind im Zuge des wachsenden Wohlstandsstaates mit immer neuen Aufgaben belastet worden. Einnahmen und Ausgaben klaffen bedenklich auseinander. Jetzt soll der Bund, dem der Stimmbürger die Führungsinstrumente verweigert hat, helfen. Unser Finanzminister muss mit welschem Charme stets grösser werdende Milliardendefizite bekanntgeben. Kann er uns helfen? Die Antwort auf diese Frage muss die Volkswirtschaft geben. Ich meine trotz allem: ja, weil die Bauwirtschaft erhalten bleiben muss. Die privaten Investoren, die in grossem Masse unsere Bauherren sind, zögern im Moment verständlicherweise, doch können sie nicht über fehlende Mittel klagen. Die Banken senken die Zinsen auf Sparguthaben. Wie lange geht es noch, bis die alten Hypotheken billiger werden?

Die Situation ist, nüchtern betrachtet, für uns nicht rosig; der eine Partner kann nicht, der andere will nicht, hinzu kommt, dass vieles, was noch in der Hochblüte begonnen worden ist, jetzt erst im Rohbau dasteht und in diesem Jahre bezugsbereit sein wird. Zu Baueinstellungen ist es meines Wissens noch kaum gekommen.

Die Aktion, Altwohnungen zu erneuern, ist gut gemeint und sicher auch nützlich, doch wird der Braten dadurch nicht fett. Die Hilfeleistung des Bundes ist erfreulich und könnte intensiver ausgeschöpft werden. Ich betrachte sie nur als Tropfen auf einen heissen Stein und kann in ihr das A und O nicht finden, weil mit ihr nur Teile unseres Gewerbes beschäftigt werden. Ob grosse Liegenschaftenbesitzer von sich aus Erneuerungen mit entsprechenden Abschreibungen vornehmen können oder wollen, das bleibe dahingestellt. Der Sache dienlich wäre es, wenn eine weitgreifende Erneuerungsplanung in den volkswirtschaftlichen Rahmen gestellt würde.

Ein Programm, das auf alle Fälle durchgeführt werden sollte, ist das der Beschaffung von preisgünstigen Wohnungen für unsere Alten. Nicht nur Wohnungen für Minderbemittelte – deren Kosten schon bis 70% und mehr abgeschrieben werden mussten –, sondern auch für Leute mit bescheidenen Ersparnissen, welche jedoch das Vermögen nicht haben, das ihnen ein ruhiges Alter sichert. Zweckmässig eingerichtete und gut gelegene Alterswohnungen von 1 bis 2 Zimmern wären in der ganzen Schweiz und in allen Industriegemeinden erforderlich, wie auch Alterswohn- und Alterspflegeheime. Ich frage mich, ob eine solche, dem ganzen Volke dienende Tat nicht gerade jetzt mit einer Sonderfinanzierung ausgelöst werden müsste; sie verschaffte uns den fehlenden Wohnraum für unsere Alten und gäbe Arbeit und Verdienst für Baumeister, Architekten und Ingenieure. Die Pensionskassen, die Versicherungsgesellschaften und andere am Alter interessierte Kreise wären zu ermuntern, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Das Volk ist meines Erachtens reif für eine Sonderfinanzierung, ähnlich der des Nationalstrassenbaus. Ich denke dabei an eine zusätzliche, aber zweckgebundene Be-

lastung der Genussmittel, der Luxusgüter und des Vergnügens. Diese Mittel dürfen aber nicht in der allgemeinen Staatskasse verschwinden. Wenn andere Staaten wie beispielsweise Italien den Überschwemmungsschaden von Florenz mit einer Erhöhung des Benzinpreises um 10 Lire je Liter decken konnten, oder der Kanton Aargau eine zweckgebundene Spitalsteuer erheben kann, weshalb soll es dann unmöglich sein, ein nationales Werk, wie es mir vorschwebt, separat zu finanzieren? Die Notzeit fordert uns heraus! Ähnliche Gedanken liessen sich für den Umweltschutz, der enorme Mittel erfordern wird, entwickeln. Das Urheberprinzip, wie wir Planer die Finanzierung von Bauwerken der Abfallbeseitigung vereinfacht nennen, wäre konsequent zu durchdenken. Manches, was heute der leeren Staatskasse entnommen werden soll, könnte dort geholt werden, wo noch etwas zu holen ist. Es geht uns ja darum, den Staat zu schonen und die Wirtschaft in Gang zu halten. Dabei darf aber die Belastung der Urheber nicht prohibitiv werden.

Ein Erneuerungsprogramm für veraltete und unweckmässige Leitungssysteme der Ver- und Entsorgungsanlagen schwebt mir vor. Man kennt Gemeinden und Städte, wo die im Boden vergrabenen Röhren nicht einmal kartiert sind. Um das Kartenwerk in den Massstäben der Orts- und Regionalplanung ist es schlimm bestellt; Katasterpläne und Übersichtspläne sind an vielen Orten nicht nachgeführt. Oft fehlen Häuser und Strassen, oft Grundstücksgrenzen, fast immer die Höhenkurven!

Wie ich es versucht habe, eine Sparte unseres Gewerbes näher unter die Lupe zu nehmen, müssten andere Fachleute bereit sein, ihre Bereiche näher zu prüfen und allgemeingültige Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Bestimmt ist auf dem Sektor Land- und Forstwirtschaft noch vieles nachzuholen. Unsere Bahnen liefern nicht nur Gesprächsstoff, sondern konkrete Aufgaben, wenn wir an die Sanierung von Engpässen, die Aufhebung von Niveauübergängen, den Neubau vieler veralteter Bahnhöfe mit den Sonderfällen Zürich und Luzern und an einige Grossprojekte denken. Von grösster Bedeutung ist und bleibt die Verkehrssanierung Zürichs und der Übergang zu einem sogenannten S-Bahnsystem. Ich kann mir vorstellen, dass die grosszügige Erneuerung unseres Bahnsystems gerade jetzt fruchtbringend ist, denn allmählich setzt sich auch im Volke die Erkenntnis durch, dass der überbewertete Individualverkehr die überdauernde Lösung nicht bringt. Das sinnvolle Nebeneinander von Schiene und Strasse, das wir Planer seit Jahrzehnten gefordert haben, kann jetzt verwirklicht werden. Viele Strassenbauprojekte – ich denke dabei nicht an den Nationalstrassenbau, der sich selbst trägt, sondern an Hauptverkehrsstrassen des Bundes und der Kantone – könnten jetzt entwickelt werden. Es handelt sich dabei nicht um spektakuläre Grossbauten, es sind vielmehr Sanierungen, Ortsumfahrten, Unterführungen und Beseitigung von Hindernissen mit besonderer Bevorzugung des seit Jahrzehnten stiefmütterlich behandelten Fussgängers. In diesen Zusammenhang gehört auch die Beschaffung von Parkplätzen an geeigneten Orten! Allein dieses Programm würde genügen, um viele Menschen nutzbringend zu beschäftigen. Auch hier denke ich an das Verursacherprinzip. Es ist schon lange erwiesen, dass das Parkieren nicht kostendeckend erfolgt.

Im Sektor der Planung sehe ich Aufgaben in Hülle und Fülle, die ich hier nur in Stichworten andeuten kann. Das Bodenrecht, das Planungsrecht auf mittlerer und niedriger Stufe, die Stadt, bzw. Quartiersanierung, die Planung der Infrastruktur und ihre sinnvolle Finanzierung, die Regionalplanung als Mittel zur Schaffung kantonaler und lokaler Leitbilder, die Erneuerung des Quartierplanrechtes mit Neueinteilung des Baulandes, die Nutzungsplanung im Zusammenhang mit dem Verkehr und viele andere Einzelheiten des Hochbaus, des Tiefbaus, des Rechts, der Ökonomie und der

Schema für die Aufstellung eines Investitionsprogrammes für eidgenössische Aufgaben

Aufgaben	Hochbau ¹⁾	Fr.	Tiefbau ¹⁾	Fr.	Planung ¹⁾
nachzuholen ²⁾	Alterswohnbau Altersheime Pflegeheime Hochschulen		Niveauübergänge Hauptstrassensanierung Gewässersanierung Ersatz veralteter Netze		Regionalplanung Kantonalplanung Nachführung der Karten
dringlich ²⁾	viele veraltete Bahnhöfe (Bpl. Zürich)		Sanierungen – Zürich – Olten Spitzkehre Sargans Doppelspur Lötschberg Umweltschutzmassnahmen		Energiekonzept Land- und Forstwirtschaft Rückführung der Abfallstoffe
vorzubereiten ²⁾	Bahnhof Luzern		Neuanlage Olten–Bern Ergänzungnetz der Hauptstrassen Park and Ride-Systeme		Systematik der Planung Wärmeversorgung Luftreinigung Bodenrecht

¹⁾ Unterteilung in Spezialgebiete: Wohnbau, Schulbau, Spitalbau, Bahnhöfe usw.; Bahnen, Strassen, Wasseranlagen usw.; Landes-, Regional- und Ortsplanung

²⁾ Unterteilung in Jahre möglich

Soziologie, die sich im Laufe der Zeit zu einem Ganzen fügen müssen, das auch dem Volke verständlich werden soll. Zwei Spezialgebiete möchte ich herausheben, die uns Planer mit besonderer Sorge erfüllen. Einerseits die Land- und Forstwirtschaftsplanung als wesentlicher Bestandteil unserer Raumplanung, andererseits die Energieversorgungsplanung als Basis der Wirtschaft. Beide Planungen könnten viele von uns während Jahren zum Wohle des Landes voll beschäftigen. Als Spezialfall sei die Fernheizung ganzer Quartiere und Stadtteile genannt, der doch mit der enormen Abfallmenge nicht nutzbarer Wärme in Zusammenhang gebracht werden müsste.

Die hier nur skizzierten Sachbereiche Hochbau, Tiefbau und Planung müssten nun in Dringlichkeitsstufen geordnet und auf die kantonalen und regionalen Bedürfnisse und Kapazitäten bezogen werden. Ich schlage vor, dass sich der SIA mit seinen Sektionen dieser Aufgabe annimmt. Er könnte im Umgang mit eidgenössischen, kantonalen, regionalen und lokalen Instanzen und Behörden, im Kontakt mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, im Verkehr mit Finanzdirektoren und Institutionen des Finanzwesens ein gesamtschweizerisches in die Zukunft weisendes Investitionsprogramm entwickeln, das dem Bundesrat und den kantonalen Regierungen wie auch den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten als Führungsinstrument sogar als Plan für die Überwindung der Rezession, zur Vermeidung der Krise und zur Begründung der Zuversicht dienen könnte.

Die gezeigte Tabelle könnte als Leitfaden für die Aufstellung eines solchen Investitionsprogrammes dienen. Sie enthält in den Spalten die Sparten unseres Standes, nämlich Hochbau, Tiefbau und Planung, wobei diese nach Bedarf in Wohnungsbau, Schulbau, Spitalbau usw., Bahnbau, Strassenbau, Kanalisationsbau usw., oder Landes- Regional- Orts- und Quartierplanung unterteilt oder mit Landwirtschaft, Forstwirtschaft und anderen ergänzt werden können. Die horizontale Unterteilung zeigt die drei Dringlichkeitsstufen: nachzuholen, dringlich und vorzubereiten. Auch hier könnten zur Verfeinerung Jahreszahlen eingesetzt werden. Die Tabelle nennt summarisch die Arbeiten eidgenössischen Ranges. Der SIA als gesamtschweizerische Organisation müsste sich dieses Kataloges im Verkehr mit den eidgenössischen Instanzen annehmen und die Grössenordnungen ermitteln. Dement-

sprechend müssten Sektionen unseres Vereins mit den kantonalen, vielleicht auch mit regionalen und lokalen Instanzen der öffentlichen Hand und den privaten Investoren zusammenarbeiten. Im Laufe dieses Jahres sollte es bei gutem Willen möglich sein, einen Entwurf für ein Fünfjahresprogramm zu erarbeiten, das den Politikern übergeben werden könnte. Bei ihnen liegt die Entscheidung.

Schluss

Der Vorstoss des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz, der Baudirektorenkonferenz und des Gemeinde- und des Städteverbandes vom 16. Dezember vergangenen Jahres, der vom Gesprächsforum – einer Konferenz der am Baugewerbe interessierten Kreise – angeregt worden ist, stellt im Hinblick auf unsere Lage einen Lichtblick dar. Die genannten Behörden und Verbände fordern die öffentlichen Bauherren auf, ihre Budgets für das Jahr 1976 zu überprüfen und trotz der momentanen Engpässe zusätzliche Arbeit durch Bereitstellung von Projekten und Mitteln zu beschaffen. Wir können den Zuständigen dafür nicht genügend danken. Dieser Vorstoss entbindet uns aber unserer Verantwortung nicht. Im Gegenteil! Er stellt eine Aufforderung dar, unser Programm – mit Schwergewicht auf den privaten Investoren – mit demjenigen des Delegierten für die Konjunkturfragen aufs engste zu verbinden. Der SIA mit seinen Sektionen kann vieles bis in die Einzelheiten klären, was im Amt des Delegierten aus personellen Gründen nicht möglich ist. Wir könnten ihm behilflich sein, ein ausgewogenes, auf alle Regionen und Branchen bezogenes Entwicklungskonzept herzustellen. So seien Phantasie und Denkvermögen zur Stärkung des Glaubens an eine bessere Zukunft eingesetzt!

Unser grosser Lehrmeister Hans Bernoulli sagte in der Krise der Dreissigerjahre: «An der Luft fehlt es nicht, es fehlt nur am Winde!» Ich möchte ihn ergänzen und ausrufen: «Lasst uns rudern!»

Adresse des Verfassers: *Hans Marti*, dipl. Arch. BSA, SIA, BSP, in Firma Marti + Kast, Architekten und Planer, Sophienstrasse 2, 8032 Zürich.